

Volks-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Volks-Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 3.00 Mark, durch Hausabgabe ohne Belegkarte 1.40 Mark, durch die Post 1.85 Mark, ein 60-Blätterpaket 2.40 Mark. Ein Jahrgang 18.00 Mark. Die Anzeigen werden nach Kolonnen-Zellen berechnet, die Zeile 0.21 Mark. Die Anzeigen, die im gleichen Quartal in der „Volks-Zeitung“ erscheinen, besonders Ermäßigung. Derzeitige Preis: 10 Pfennige. Druck: R. H. Schmidt, „Volks-Zeitung“ Halle. Verleger: Dr. H. Schmidt, Halle. Postfach: 100. Halle. Telefon: 100. Halle. Telegramm: 100. Halle. Ausland: 100. Halle.

Marx versucht noch einmal ein Kabinett der Linken.

Neues in Kürze.

Zählmaschinen und Radiotelegramme.
Die Reichstagsabgeordneten Ludendorff, von Graefe und Straßer haben die Reichsfinanzdirektion der Nationalsozialistischen Partei niedergelegt. Es ist auch die Reichsfinanzdirektion niedergelegt. Es ist noch nicht bekannt, die Niederlegung der Finanzdirektion hängt mit den seit Hilfers Rücktritt in die Politik immer häufiger werdenden Zustimmungen innerhalb der Partei zusammen.

Gegen den Präsidenten des Reichslandbundes, Graf v. Kallreuth, hat der frühere Reichsfinanzminister Ludendorff wegen einer Rede des Grafen auf der Landbundtagung in Breslau Strafandrohung wegen Verleumdung gestellt.

Im Rahmen der vom 13. bis 17. Februar dauernden vaterländischen Arbeiterversammlung fanden in Berlin unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Geisler (Dn.) ein vaterländischer Betriebsratstag statt.

Nach der Rückkehr des Reichsfinanziers Dr. Luder nach Berlin sind gestern, wie mehrere Blätter melden, eine Kabinettsitzung statt. U. a. seien die Wirtschaftsverhandlungen, insbesondere mit Frankreich und mit Italien, um die Devisenfrage über die Austauschrate beraten worden. Die Blätter rechnen damit, daß vielleicht am Dienstag die Veröffentlichung der Devisenfrage erfolgen werde.

Im Verlauf der Beratung des harr. Handelsrats erklärte der Abgeordnete Bauer, bei der Überzählung der Deutschen Werte seien Millionenwerte des bayerischen Staates verschwunden, trotzdem ein Tausender des Staates die Staatsinteressen zu wahren gehabt habe. Auch hier handelte es sich um einen Diebstahl.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat eine kleine Anfrage eingebracht, in der sie unter Hinweis darauf, daß die Bafeler Behörden die Arbeitsaufnahme deutscher Angestellten in Basel rückstößig verweigern, an die Reichsregierung die Frage gerichtet, ob sie bereit sei, Maßnahmen zu treffen, damit deutsche Angestellte für schweizerische Angestellte in Deutschland ebenfalls behandelt werden, wie es in Basel geschieht.

Die Arbeiter der Kaligruben im Elsaß verlangen eine Lohnerhöhung. Der Generaldirektor der französischen Kaligruben hat eine Erhöhung der Löhne bis 40 Centimes pro Tag zugesagt, was die Arbeiter abgelehnt haben. Drei Abgeordnete haben sich deshalb mit den Vertretern der Gewerkschaft der Kaligruben zum Reichsminister begeben, der sagte, daß er auf Grund der Löhntabelle, die für die Bergarbeiter in französischen Norddepartement gelte, mit der zuständigen Verwaltung der Kaligruben verhandeln werde.

Die französische Kriminalpolizei in Düsseldorf hat mehr als 20 Mann unter der Bezeichnung „Verhaftet“, daß sie dem verbotenen Wiederverbande angehören und zum Teil als Zeitfreiwillige bei der Reichswehr im unbesetzten Gebiet eingetreten seien. Einige der Verhafteten wurden nach der Vernehmung wieder freigelassen.

Der Schweizer Bundesrat genehmigte eine Vorstudie an die Bundesversammlung, betreffend Einführung des leichten Maschinenwesens in der schweizerischen Armee, wofür ein Kredit von 16.5 Millionen Franken verlangt wurde.

Von der französischen Regierung ist ein besonderer Dienst zur Überwachung der in Frankreich lebenden ausländischen Arbeiter eingerichtet worden. Es werden besonders die kommunalistischen Agitatoren überwacht. Gestern sind auf Veranlassung dieser neuen Polizeistelle fünf Personen verhaftet worden, die im Verdacht stehen, kommunalistische Propaganda getrieben zu haben. Sie werden aus Frankreich ausgewiesen werden.

Es verlautet, daß die italienische Regierung bei der englischen Botschaft darüber geäußert hat, daß die Anglo-Berlin Oil Company in Italien Betriebskonzessionen erhalten habe. Es handelt sich aber nur um sehr geringfügige Konzessionen. Der britische Botschafter in Rom wird Mussolini die notwendigen Aufklärungen abgeben.

Der amerikanische Senatsauschuß für Völkerrecht hat die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Regelung der europäischen Verhältnisse vorgeschlagen.

Scheitern der „Regierung der Volksgemeinschaft.“

Die Antwort der Deutschnationalen.

Die Deutschnationale Fraktion des Reichstages hat an den Reichspräsidenten eine Erklärung geschrieben, worin die Frage, ob die Fraktion zur Unterstützung einer Regierung der Volksgemeinschaft bereit sei, folgendermaßen beantwortet wird:

- Wir nehmen Bezug auf die grundsätzliche Erklärung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion vom 8. Oktober 1924, die ausdrücklich das Eintreten der Deutschnationalen Fraktion für die Volksgemeinschaft als Zusammenfassung aller auf christlichem, nationalem und sozialem Boden stehenden Volksträfte betont. Wir stellen voraus, daß die von einer Regierung der Volksgemeinschaft in Preußen sich zusammenschließenden Parteien die vorstehenden Aufgaben stehende Reichsregierung in loyaler Zusammenarbeit unterstützen und sich in der preußischen Politik zu folgenden Zielen betennen:
 - Christliche Jugenderschließung und Durchdringung des ganzen Volks- und Staatslebens mit christlichem Geist.
 - Wahrung der geistlich begründeten Verpflichtungen des Staates zum christlichen Staat, die durch die Kirche bei voller Wahrung ihrer durch die Reichsverfassung gewährleisteten Selbständigkeit.
 - Abwendung des mit der Volksgemeinschaft nicht verträglichen Inflationsgedankens.

4. Pflege des vaterländischen Denkens, pilgliche Behandlung aller auf geistlichem Boden stehenden nationalen Bestrebungen.

Dr. Marx versucht es mit einer Regierung aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum.

Zu den Bemühungen des preussischen Ministerpräsidenten Marx um die Regierungsbildung weiß die „Zeit“ zu melden, daß Marx am Grundwetter der Verhandlungen im Laufe des gestrigen Nachmittags zu der Überzeugung gelangt sei, daß die Bildung eines Kabinetts der Volksgemeinschaft nicht durchzuführen sei. Er sei deshalb zu dem Plan zurückgekehrt, ein Kabinett aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten zu bilden.

Nach der Bildung des Kabinetts werde Marx die Verbindung mit den anderen Parteien wieder aufnehmen und feststellen, welche Haltung die einzelnen Fraktionen zu einer solchen Regierung nehmen werden.

Von amtlicher preussischer Seite wird mitgeteilt, daß von einer bevorstehenden Aufhebung der Wohnungseigentumsverhältnisse im allgemeinen jetzt nicht die Rede sein könne. Einmalige Forderungen würden von den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen abhängen.

Wohnungsschaffen ist Not!

Ist wird gefordert: Aus den vergangenen Jahrzehnten wurde in Deutschland den Wohnungswesen, die für die Lebenshaltung und Gesundheit unseres Volkes und auch volkswirtschaftlich so wichtiger Faktor, leider nicht die gebührende Beachtung geschenkt. So ist es gekommen, daß das sonst kulturell so hoch stehende und angenehme Deutschland gerade im Wohnungswesen einen tiefen Stand besonders in den großen Städten und im Verhältnis zu anderen Kulturstaaten einnimmt. Welt verbreitet war die trübe Vorstellung, die deutschen Wohnungsvorhältnisse seien nicht nur halbtags Armut, man nahm sogar an, sie gehörten zu den besten der Welt. Aber freilich als fernerreichender die wohlgepflegten, breiten, baumbepflanzten Parkstraßen der Großstädte und deren vornehme Wohnviertel oder gar die fast paradiesisch gelegenen Landhauskolonien der Erholungs-, Ruhes- und Badeorte betrachtete, der konnte wohl zu der Auffassung kommen, Deutschland sei das Paradies im Wohnungswesen. Doch solche Ausnahmen rückten leider einen gar nicht vorhandenen Zustand vor.

Der verorbene, weithin bekannte Bauarchitekt Professor Oberlath hat 1910 die Zahlen der durchschnittlich in einem Hause wohnenden Menschen in deutschen und außerdeutschen Groß- und Industriestädten verglichen. Während die Bevölkerung eines Hauses im Durchschnitt berechnet in New York 20,4, in Brooklyn 10,2, in Chicago 8,8, in Philadelphia 5,4, in London 7,89, in Manchester 4,86, in Birmingham 4,79, in Amsterdam 8,53, in Birmingham 4,79, in Amsterdam 8,53, in Berlin 8,11, in Frankfurt 6,74 und in Gent 4,48 war, so ergaben schon damals die durchschnittlichen Bevölkerungsziffern in deutschen Großstädten ein trübes Bild. Nach der Oberlath'schen Statistik war im Jahre 1910 (heute sind die Zustände bekanntlich schlimmer) die Bevölkerung eines Hauses in Bremen 7,83 Menschen, in Essen 17,61, in Halle 21,07, in Hamburg 31,08, in Breslau 51,97 und in der Reichshauptstadt Berlin sogar 75,9 Menschen! Da es sich hier um Durchschnittszahlen handelt, bei denen also die wenigsten bewohnten Häuser die Einwohnerzahlen der überhöhten Häuser herabdrücken, so haben diese Zahlen nur einen vergleichenden Wert. In Berlin gibt es unendlich viele Mietskasernen, die größere Einwohnerzahlen aufzuweisen haben, als manch stattliche Dorfgemeinde. Der größte Teil der Bevölkerung Berlins, wie übrigens auch vieler anderer Großstädte, wohnt in Mietskasernen.

In unseren Großstädten sind leider auch die Wohnungen in Hinterhöfen und Höfen recht zahlreich. So lagen vor dem Kriege z. B. in Halle von 100 Wohnungen 16, in Hamburg 37,7 und in der am meisten steilen so prächtigen Großstadt Berlin sogar 48,4, also fast die Hälfte aller Wohnungen, in Hinterhöfen oder in oft dunklen Sonnenlosen Höfen. In dem raschen Niedergang unserer Volksgesundheit, der Volksmoral und der Staatsgesundheit sind die schlimmen Wohnungsbedingungen mitschuldig. Man darf nicht übersehen, daß vorübergehende Wohnungsnot letzten Endes getimerte Beiträge erfordert als die finanziellen Belastungen, die aus den ungeordneten Wohnungsbeziehungen entstehen. Diese große Wohnungsnot steht auch dem Abbau der Juugendbevölkerung der Wohnungen im Wege. Darum ist es erforderlich, daß im neuen Jahre alles Erfordernis darangesetzt wird, um die Neubautätigkeit zu heben und das Baugeschehen, von dem betriebe der fünfte Teil der Erwerbstätigen abhängt, zu fördern.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag hat gestern die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums zu Ende geführt. Aus den Verhandlungen ist die Annahme eines deutschnationalen Antrages hervorzuheben, der verlangt, daß mit den Aufstellungen von Arbeitern und Angestellten in Betrieben der Reichseisenbahnverwaltung sowie mit der Stilllegung von Eisenbahnwertstätten, insbesondere im Be-

Der Mordplan gegen v. Seekt.

Aus den Verhandlungen des Tschekaprozesses.

Am dritten Verhandlungstage des Tschekaprozesses erhebt der Angeklagte Neumann mit zahlreichen Belegen am Kopf und Krähennuß den Beweis, daß er sich nicht an dem Mordplan beteiligt habe, bei dem er sich die Verlesung zugezogen hat. Gerichtspräsident Dr. S. äußert erwidert dann ein Gutachten, daß man nach den Beobachtungen des Sanitätsdiensts den Schluß ziehen müsse, daß es sich um einen holländischen Agent gehandelt habe. Nach mehrstündiger Auseinandersetzung, in der die kommunistischen Anwälte beantragen, Neumann in eine Trennanstalt zu überführen, wird die Vernehmung des Angeklagten Neumann fortgesetzt. Senatpräsident Richter fragt zunächst, ob die „T-Gruppe“ aus Sprengstoff verwendet habe. Neumann bejaht die Frage. Sprengstoff haben die Angeklagten Marzke und Mayer geliefert. Die T-Gruppe war im Besitz eines Krähennuß, die Partei habe einen Drogenschein, einen Bergmannspass besessen. Die Veranlassung über die Wagen hatte der Wg. Picot. Brandler vermittelte den Wagen. Ihm sollte ein Auto „gestohlen“ werden.

Auf die Frage des Präsidenten, ob man nicht auch die Möglichkeit gehabt habe, ein Auto zu stehlen, führt Neumann aus, daß er zu dem Mordplan auf Seekt einen Krähennuß gebracht habe. Ein gewisser Heinz Neumann habe gesagt, daß man Brandler, der stets im Auto zu den Mordpreparierungen sahe, diesen Wagen „flauen“ müsse. Auf Richter erklärte sich bereit, die geheimen Sitzungsprotokolle des Mordpreparations zu verlesen und, daß dem Brandler bei dieser Gelegenheit auch die Tade einmal richtig vorkommen.

Ein Brief an Trotski kommt Johann zur Verlesung, in dem sich Neumann bekennt, daß er nicht die genügende Unterstützung des Mordpreparations in finanzieller Hinsicht erhalte, und daß man ihm nicht die nötigen organisatorischen Mittel zur Erledigung des Mordpreparations gebe. Ein Brief an Brandler führt ähnliche Beschwerden und drückt Zweifel über die Zuverlässigkeit des Genossen Hellmut aus.

Mordvorbereitungen.

Präsident Richter: Von dem erzielten Sitz den Antrag, den General v. Seekt zu befehligen? Neumann: Hellmut sagte mir, daß v. Seekt innerhalb von zwei Monaten „erledigt“ sein müsse. Präsident Richter: Kommen Ihnen keine Bedenken bei dem Antrag? Neumann: Hellmut hat mir gesagt, im Mordpreparations sei beschlossen worden, und ich hatte mich durch Handschlag verpflichtet, alle Aufträge auszuführen. Bei der Aufforderung wurde kein anderes Mitglied der Gruppe angewiesen. Hellmut wollte zu diesem Zweck

Bomben aus Ausland

kommen lassen. Zunächst wurde Meus als Mitglied der Gruppe verpflichtet, dann verschaffte man sich ein Lichtbild des Generals v. Seekt und schickte das Reichswehrministerium die Beobachtungen anzustellen, wann v. Seekt das Gebäude verläßt. Von „Toren“ habe ich nie gesprochen, sondern ich habe die Mitteilungen stets so weitergegeben, wie ich die Befehle erhalten habe. Wir haben dann beobachtet, daß v. Seekt jeden Morgen im Tiergarten reitet. Wir wollten nun den General bei dieser Gelegenheit befehligen und lachten auch eine Annäherung an seinen Pferdeburden, die aber nicht glückte. Ursprünglich hatte ich den Vorschlag gemacht, daß

v. Seekt beim Reiten vom Pferde gestossen werden sollte. Dann hatte ich kein Interesse mehr, den General zu erledigen, ich bekam moralische Bedenken, aber ich durfte aus persönlichen Sicherheitsgründen nicht vor Hellmut treten und sagen, daß ich nicht mehr mitmache. Ich schlug dann einen neuen Plan vor, den ich lediglich für eine leere Demonstration hielt. Ich bringe Neumann, und Boege wollten im Tiergarten aufstellen nehmen und dann sollte uns Spion, der am Reichswehrministerium beobachtete, benachrichtigen, wenn der General v. Seekt das Reichswehrministerium verläßt. Dann wollten wir Seekt auflauern und eine Bombe abgeben. Ich glaube dieses Unternehmen verhindern zu können, indem ich einfach nicht zu Boege gefahren wäre. Ich habe schon im November 1923 von dem Minister für Sachsen Max Prose

einen Brief erhalten, in dem er seine Verantwortung darüber ausdrückt, daß ich noch lebte. Ein Mordpreparations Genossen, den man nicht für zuverlässig hielt, wollte man ohne weiteres über den Haufen schießen. Da ich jedoch in die Parteiverhältnisse eingeweiht war, hätte man mich ganz bestimmt beiseite gebracht. „Rote Fäden“ seien mir in der kommunistischen Welt geschrieben dabei, müßte ich im eigenen Interesse alles sagen, was zur Entlastung notwendig war. Die Partei hat selbst die Schuld an meinen Ansehen.

Darauf wird die Verhandlung auf Sonnabend 9 Uhr vertagt.

In Bulgarien wurden mehrere kommunistische Organisationen entdeckt. Von den beschlagnahmten Papieren geht hervor, daß sie in Verbindung mit den Kommunisten in Rumänien und Griechenland standen und daß sie für die Ausrüstung einer internationalen balkanisch-kommunistischen Republik tätig waren.

Nach einer Rennermission aus Quebec sind in den kanadischen Häfen besondere Beamte eingesetzt worden, um die Einwanderer wirksamer gegen Schwindler zu schützen. Ein Beamter, wie groß im allgemeinen der Bestand an Einwanderern ist.

